Abend-Ausgabe.

Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Koeckner,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehans,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil: O. Knorre in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank".

Nr. 159.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 4. März. 1890.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Reichstags-Stichwahlen.

Potsdam. Wahlkreis 8. West-Havelland Brandenburg. Rickert dfr., mit 7500 St. gewählt gegen Ewald, Soz., mit 7000 St.

Potsdam. Wahlkreis 10. Beeskow-Charlottenburg. Stimmenverhältniß: Prinz Handjery, konf., 28 443 St., Werner, Soz., 22 570 St.

Frankfurt a. Oder. Wahlkreis 9. Kottbus-Spremberg. Graf Pückler-Branitz, konf., mit 8802 St. gewählt gegen Breil, Soz., 7717 St.

Breslau. Wahlkreis 11. Reichenbach-Neurode. Dr. Porsch, Zentr., gewählt gegen Metzner, Soz.

Breslau. Wahlkreis 1. Guhrau, Steinau, Wohlau. Leder, dfrs., gewählt gegen Graf Carmer, konf.

Breslau. Wahlkreis 5. Ohlau, Nimptsch, Strehlen. Goldschmidt, dfrs., gewählt gegen Goldfuß, Reichsp.

Breslau. Wahlkreis 9. Striegau-Schweidnitz. Stephan, dfrs., gewählt gegen Hirt, konf.

Hannover. Wahlkreis 6. Verden. v. Arnswaldt-Hardenbostel, Welfe, gewählt gegen Heye, natl.

Hannover. Wahlkreis 14. Gifhorn. v. d. Decken-Rutenstein, Welfe, gewählt gegen v. Reden, natl.

Koblenz. Wahlkreis 1. Wetzlar. Kraemer, natl., gewählt gegen Alberti, dfrs.

Schwarzburg-Rudolstadt. Knörcke, dfrs., mit 6708 St. gewählt gegen Schönau, natl., 2686 St.

Darmstadt. Wahlkreis 6. Erbach. Scipio, natl., gewählt gegen Stengel, dfrs.

Potsdam. Wahlkreis 10. Teltow, Beeskow, Charlotttenburg. Prinz Handjery, konf., gewählt gegen Werner, Soz.

Schwarzburg-Sondershausen. Pieschel, natl., mit 7689 Stimmen gewählt gegen Bock, Soz., 4671 St.

Braunschweig. Wahlkreis 2. Helmstedt, Wolfenbüttel. Schrader, dfrs., gewählt gegen Kulemann, natl.

Liegnitz. Wahlkreis 2. Sagan. v. Forckenbeck, dfrs., mit 9898 St. gewählt gegen v. Klitzing, konf., 5328 St.

Liegnitz. Wahlkreis 4. Bunzlau. Schmieder, dfrs., gewählt gegen Schlittgen, Reichsp.

Waldeck. Dr. Böttcher, natl., gewählt gegen Rohland, dfrs.

Mecklenburg-Schwerin. Wahlkreis 6. Güstrow. Graf Schlieffen-Schlieffenberg, konf., gewählt gegen Peter, Soz.

Arnsberg. Wahlkreis 3. Altena-Iserlohn. Dr. Langerhans, dfrs., gewählt gegen Dr. Paasche, natl.

Arnsberg. Wahlkreis 7. Hamm. Frhr. v. Schorlemer-Alst, Zentr., gewählt gegen Schneider, natl.

Kassel. Wahlkreis 4. Schmalkalden. Wilisch, dfrs., gewählt gegen v. Christen, Reichsp.

Kassel. Wahlkreis 6. Hersfeld. v. Schleinitz, konf., gewählt gegen Arenhold, Zentr.

Merseburg. Wahlkreis 7. Merseburg. Panse, dfrs., gewählt gegen v. Helldorf, konf.

Breslau. Wahlkreis 8. Breslau, Neumarkt. v. Huene, Zentr., gewählt gegen Viktor Herzog von Ratibor, Reichsp.

Schleswig-Holstein. Wahlkreis 4. Tondern, Husum, Eiderstedt Dr. Seelig, dfrs., mit 6901 St. gewählt gegen Francke, natl., mit 6159 St.

Minden. Wahlkreis 3. Bielefeld Stadt und Land, Wiedenbrück. Evers, Zentr., mit 11 999 St. gewählt gegen Singer, Soz., 5597 St.

Schleswig-Holstein. Wahlkreis 5. Norderdithmarschen. Thomsen, dfrs., gewählt mit 9783 St. gegen Kahlke, natl., 5339 St.

Hannover. Wahlkreis 17. Harburg. Hastedt, natl., mit über 2100 St. Majorität gewählt gegen Bärer, Soz.

Frankfurt a. d. O. Wahlkreis 1. Arnswalde-Friedeberg. von Forckenbeck, dfrs., gewählt gegen v. Brand, konf.

Kassel. Wahlkreis 1. Rinteln-Hofgeismar. Werner, Antisemit, gegen Kersting, natl.

Erfurt. Wahlkreis 4. Erfurt. Lucius, Reichsp., gewählt gegen Reißhaus, Soz.

Württemberg. Wahlkreis 12. Crailsheim. Dr. Pflüger, Demokrat, mit 11 497 St. gewählt gegen Keller, natl., 9078 St.

Hannover. Wahlkreis 19. Geestemünde. Gebhard, natl., gegen Bruhns, Soz.

Amtliches.

Berlin, 3. März. Der König hat dem Geheimen Justizrath Weiffenbach, Mitglied des General-Auditoriats, den Charakter als Geheimer Ober-Justizrath mit dem Range der Räthe zweiter Klasse verliehen und den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Karl Gotthart Lamprecht zu Bonn zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Marburg ernannt.

Der Forstassessor Werner ist zum Oberförster ernannt und demselben die Oberförsterstelle zu Brandoberndorf im Regierungsbezirk Wiesbaden übertragen worden.

Der Kreis-Physikus des Kreises Hoyerswerda, Dr. Straßner zu Ruhland, ist in gleicher Eigenschaft in den Kreis Halberstadt versetzt worden. Der mit der interimistischen Verwaltung des Physikats des Kreises Schlawe beauftragte Stabsarzt a. D. Dr. Henning in Schlawe ist definitiv zum Kreis-Physikus dieses Kreises ernannt worden.

Dem Pächter der dem St. Johannis-Stift in Liegnitz gehörigen Rittergüter Rosenau, Bischdorf und Mankelwitz, Hermann Hochstätter zu Rosenau im Kreise Liegnitz, ist der Charakter als Königlicher Ober-Amtmann beigelegt worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 3. März, 11 Uhr.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt mit dem Justizetat.

Bei Titel 1 der Einnahmen „Kosten und Geldstrafen" bittet Abg. Dr. Lotichius (wildlib.), die Kosten für Einführung des Grundbuchs in der Rheinprovinz möglichst zu ermäßigen.

Unterstaatssekretär v. Nebe-Pflugstädt erwidert, daß eine Aenderung der Bestimmungen über die Grundbuchgebühren nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen könne, den zu betreten jedoch nicht rathsam sei.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei Titel 1 der fortdauernden Ausgaben „Minister" macht Abg. Biesenbach (Zentr.), auf die große Zahl außeretatsmäßiger Assessoren aufmerksam, die sich jetzt bereits auf 1800 belaufe. Das müsse als ein großer Uebelstand betrachtet werden. Unter der nackten Ziffer liege eine Menge getäuschter Hoffnungen und auch ein Stück sozialen Elends, das nicht blos bei den Arbeitern zu finden sei. Der Staat müsse das etatsmäßige Personal, das ohnehin nachweisbar nicht ausreiche, vermehren, aber nicht die Arbeitskraft unbesoldeter Assessoren ausnutzen. Die Richterstellen bei Land- und Amtsgerichten reichten bei weitem nicht aus, die Arbeitslast zu bewältigen. Es gebe Strafkammersitzungen von Morgens 9 Uhr bis Abends 10 Uhr. In der Rheinprovinz seien nur 187 Amtsrichterstellen vorhanden, während im Verhältniß zur Bevölkerung 334 Stellen im Etat vorgesehen sein müßten. Also die Hälfte der Arbeit werde von unbesoldeten Assessoren verrichtet. Ein derartiger Mißstand befördere das Streberthum, das vom Richterstand ferngehalten werden müsse. Er bitte, möglichst bald Remedur eintreten zu lassen.

Geheimrath Eichholz: Das Bestreben der Justizverwaltung ist unausgesetzt darauf gerichtet, das Hilfsrichterthum einzuschränken oder möglichst zu beseitigen. Denn die Verwaltung kann das Hilfsbeamtenthum trotz einzelner hervorragender Kräfte nicht als ein erwünschtes Element ansehen. Aber nach Lage der Dinge wird leider das Verhältniß des unbesoldeten Assessorenthums noch längere Zeit dauern. Wo ein konstantes Bedürfniß zur Personalvermehrung vorliegt, werden neue etatsmäßige Stellen eingerichtet. Aber wo dieses Bedürfniß ein dauerndes ist, läßt sich schwer übersehen. Die Arbeitslast wechselt, namentlich in den großen Städten, und es wäre ein ebenso großer Uebelstand, eine große Zahl etatsmäßiger Stellen ohne genügende Beschäftigung zu haben. Man sollte also nicht zu stürmisch auf eine Vermehrung der Richterstellen dringen. Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Zahl der vorhandenen Assessoren sich mindert durch Abgang einer großen Reihe von Assessoren zur Staats- und Rechtsanwaltschaft und zum Kommunaldienst. Eine allzu große Vermehrung der Richterstellen würde den ohnehin schon vorhandenen großen Andrang zur juristischen Laufbahn noch erhöhen. Die Verwaltung kann diesen Andrang nicht einschränken, die Eltern der jungen Leute und diese selbst müssen einsehen lernen, daß die vorhandene Ueberproduktion juristischer Kräfte ihnen wenig Aussicht auf eine lohnende Laufbahn bietet. Die Verwaltung wird das ihrige thun, um das Assessorenthum einzuschränken und wenn möglich durch Hilfsbeamte zu ersetzen. In der Rheinprovinz, über deren richterliche Verhältnisse der Vorredner Klage führte, sind seit 1887 die amtsrichterlichen Stellen in vielen Städten bereits vermehrt worden, und mit der Vermehrung wird fortgeschritten werden, aber nur in demselben Verhältniß, wie die Arbeiten zur Anlegung des Grundbuchs fortschreiten.

Abg. Olzem (nl.): Wenn nur die Bedürfnißfrage für die Vermehrung richterlicher Stellen maßgebend sein soll, dann müssen eben die etatsmäßigen Stellen vermehrt werden. Der Richtermangel, namentlich in den Rheinlanden, ist unbestreitbar.

Es ist doch der Fall vorgekommen, daß aus Mangel an Richtern der Landgerichtspräsident unter dem Vorsitz eines Landrichters an den Schwurgerichtssitzungen theilnehmen mußte. Ohne die Assessoren würden viele Gerichte nicht auskommen. Darunter leidet aber einmal die Gründlichkeit der Arbeiten weil die Assessoren zu sehr wechseln, und dann entspricht diese Verwendnng des abhängigen Assessorenthums nicht dem Geiste des Gerichtsgesetzes, welches ein unabhängiges, unabsetzbares Richterthum will. Gerade das Interesse der Allgemeinheit erfordert die Vermehrung der Richterstellen. Der finanzielle Effekt dieser Maßregel würde nicht allzu groß sein.

Weiter möchte ich an den Minister die Anfrage richten, wie weit die Arbeiten betr. den Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs stehen. Die baldmöglichste Schaffung des Einheitsrechts liegt doch in aller Interesse.

Justizminister Dr. v. Schelling: Die augenblickliche Lage der Behandlung des bürgerlichen Gesetzbuches ist die, daß die einzelnen Regierungen zu dem von der Kommission verfaßten Entwurf Stellung zu nehmen haben. Dem ist bisher in wirksamer Weise vorgearbeitet worden durch die von der deutschen Rechtswissenschaft ausgeführte Besprechung des Entwurfs. Eine Reihe praktisch wichtiger Fragen ist bisher der preußischen Regierung zur Beantwortung vorgelegt worden; bevor sich aber die Regierung hierüber schlüssig macht, legt sie Werth darauf, die Stimmen von Männern, die mitten im Volksleben stehen, für die Zwecke des Entwurfs zu gewinnen. Die Vertreter der Landwirthschaft und zahlreiche Handelskammern haben bereits ihre Wünsche und Vorschläge verlauten lassen. Ich habe es für nothwendig erachtet, daß auch die Stimmen praktischer Juristen mehr als bisher zur Geltung kommen und mich dazu entschlossen, eine Reihe von bewährten Mitgliedern des Richterstandes aus verschiedenen Provinzen zusammenzuberufen, damit unter deren Mitwirkung die einzelnen Fragen abschnittweise durchberathen werden. Der allgemeine Theil des Entwurfs ist in dieser Weise bereits erledigt; das Vermögensrecht ist in der Berathung begriffen und ich hoffe, daß die ganze Durchberathung innerhalb Jahresfrist zum Abschluß gelangt. In welcher Weise die Reichsverwaltung dann weiter zu verfahren gedenkt, vermag ich nicht zu sagen. Es wird allerdings noch viele Jahre mühevoller Arbeit bedürfen, um eine Vereinbarung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag herbeizuführen. Die Schwierigkeit liegt ja zum größten Theil in der Verschiedenheit der in Deutschland bestehenden Gesetze, Rechtssysteme und in der Anhänglichkeit an die ererbten Sitten und Gewohnheiten. Die 5jährige Legislaturperiode ist dem Zustandekommen des Gesetzes besonders günstig, immerhin wird sich jedoch später die Frage aufdrängen müssen, ob nicht eine Aenderung des Geschäftsganges zwischen Bundesrath und Reichstag nothwendig sein wird. um sich den Dimensionen dieser Aufgabe gewachsen zu zeigen. Ich persönlich werde keine Anstrengungen schonen, um das große Werk nach Maßgabe der mir zustehenden Betheiligung zum Abschluß zu bringen. (Beifall.)

Abg. Dr. Langerhans (dfr.): Ich halte es für durchaus nothwendig, daß das Ansehen der Gerichte nach Möglichkeit aufrecht erhalten wird, daß alles zu vermeiden ist, was eine Parteilichkeit der Richter dokumentiren könnte. Daher ist es aber auch erforderlich, in jedem Fall, wo in dieser Beziehung irgend ein Zweifel besteht, die Klagen hier vorzubringen, und einen solchen Fall möchte ich kurz erwähnen. Es ist Brauch in der Justizverwaltung, daß die Richter die Zeitungen bestimmen, in welchen die gerichtlichen Anzeigen erfolgen sollen. Nun besteht in der Stadt Iserlohn seit über 30 Jahren der „Iserlohner Kreisanzeiger", welcher seit seiner Begründung alle gerichtlichen Anzeigen, bezahlte und unbezahlte, aufgenommen hat. Derselbe hat eine leicht freisinnige Färbung. Seit 2 Jahren ist eine neue Zeitung, das „Iserlohner Tageblatt" mit schwach nationalliberaler Färbung begründet worden, und seit dieser Zeit sind dem Kreisanzeiger die Anzeigen entzogen und dem Tageblatt übertragen worden. Offenbar ist das bloß geschehen wegen der politischen Haltung des Blattes, trotzdem der „Kreisanzeiger" in einer weit größeren Auflage erscheint als das „Tageblatt". Die deshalb erhobene Beschwerde ist zurückgezogen worden, weil die Bestimmung über die Anzeigen dem Richter überlassen sei. Aber ich meine doch, daß hier ein Fall vorliegt, in dem eine Remedur geboten ist.

Abg. v. Meyer (Arnswalde, wild-konf.); Obwohl die Richter zu den höheren Beamten gehören, müßten doch ihre Gehaltsverhältnisse bei der in Aussicht stehenden Gehaltsaufbesserung unterer und mittlerer Beamten gleichfalls aufgebessert werden. Die Grenzen zwischen den höheren und mittleren Beamten sollte man glauben, in der Höhe des Gehalts zu finden. Das ist jedoch nicht der Fall. Ein Assessor hat einen Kapitalswerth von 30 000 M., oder vom Abiturientenexamen ab von 12 000 M. Dieses Kapital müßte eine angemessene Verzinsung in dem Gehalt finden, welches dem Assessor mit seinem Examen zustehen müßte. Wenigstens sollten die Assessoren Diäten bekommen. Die Assessoren sind meist Söhne von Beamten. Doch thäten diese jetzt besser, ihre Söhne Maurer werden zu lassen. (Heiterkeit.) Vielfach haben die Subalternbeamten ein höheres Gehalt als die sog. höheren Beamten.

Geheimrath Eichhorn: Zur Zeit kann eine Gehaltserhöhung der höheren Beamten aus Mangel etatsmäßiger Mittel nicht eintreten. Werden die Mittel vorhanden sein, dann werden wir auch an die Gehaltsaufbesserung der höheren Beamten herantreten, wozu wir ein Bedürfniß anerkennen.

Abg. Bödiker (Zntr.): Ich möchte die zu kurze Beschäftigung der Referendare bei den Amtsgerichten betonen: der Zeitraum von 9 Monaten müßte auf ein Jahr erhöht werden. Das Verhältniß der Zahl der Richter und ihrer Arbeitslast ist ein durchaus ungesundes. Die Richterstellen sind um 2 Prozent vermehrt worden, während die Geschäfte vielfach um 40 Prozent zugenommen haben. Es ist ein bedenklicher Zustand, daß die Assessoren durchschnittlich erst mit 31 Jahren zur Anstellung kommen. Es ist vorgekommen, daß die Anstellung der Assessoren nicht nach der Anciennetät, sondern nach ganz anderen Rücksichten erfolgt ist. (Widerspruch.) Ich weiß einen Fall, wo ein Bewerber hundert Vorgängern vorgezogen worden ist. Anders liegt es ja bei der sog. Versetzung der Amtsrichter an die Landgerichte. Hier ist nicht die Anciennetät das Entscheidende, sondern persönliche Fähigkeiten des Einzelnen, praktische Umsicht bei den Amtsgerichten, scharfes logisches Denken bei den kollegialischen Landgerichten. Besonders sollte der Vorsitz bei Kollegialgerichten nicht den ältesten Richtern, die sich oft dazu nicht eignen, sondern denjenigen übertragen werden, welche am besten dafür passen. Ferner halte ich es im Interesse des Richterstandes für geboten, die Richter in der Rangklasse den Verwaltungsbeamten gleichzustellen.

Ein weiterer empfindlicher Uebelstand ist die allzugroße Zentralisation in Aufsicht und Verwaltung in der Hand des Oberlandesgerichtspräsidenten. Die Landesgerichtspräsidenten sind vielfach nichts weiter als die Schreiber des Oberlandesgerichtspräsidenten. Sie werden von diesem förmlich deplacirt, und jeder Bau, jede Reparatur wird von dem Oberlandesgerichtspräsidenten angeordnet. Es ist vorgekommen, daß ein Amtsgericht an einem Tage vom Oberlandesgerichtspräsidenten, dem Oberstaatsanwalt, dem Landgerichtspräsidenten und dem ersten Staatsanwalt revidirt wurde. (Hört, hört!) Der höhere Richter sollte nur die ihm zunächst stehenden untergebenen Richter revidiren, nicht aber jede Kleinigkeit selbst anordnen. Das ewige Reglementiren von oben herab wird schwer empfunden. Weiter weise ich darauf hin, daß es im Interesse der Staatskasse liegt, daß, da die Kosten für Freisprechungen der Staatskasse auferlegt werden, diese Freisprechungen möglichst wenig erfolgen, daß also die Klagen gründlich vorbereitet werden. Nun werden aber vielfach von Amtsanwälten Berufungen eingelegt, die völlig aussichtslos sind. Der erste Staatsanwalt nimmt sich trotzdem an auf Grund eines Reskripts der Oberstaatsanwaltschaft, welche eine Zurückweisung der Berufung der Amtsanwälte für nicht gut hält, weil die Amtsanwälte sonst die Dienstfreudigkeit verlieren würden, aber diese Dienstfreudigkeit müssen wir bezahlen.

Bei den subalternen Beamten der Gerichte halte ich es nicht für gut, die Gerichtsschreiber bei den Oberlandesgerichten besser zu stellen wie bei den Landgerichten. In den Gefängnissen scheinen mir die Gefangenen sehr oft zu gut aufgehoben zu sein. Die Gefangenenaufseher blicken mit Neid auf die Kost der Gefangenen. Die Gefängnisse sollen nicht Hungerorte, aber auch keine Logirhäuser sein. — Ich möchte dann noch die Idee der bedingten Verurtheilung streifen. Hat der Minister dazu schon eine abschließende Stellung genommen? Durch eine Erörterung könnten wir einen Reflex aus dem Volk bekommen, ob diese Idee wirklich einem Bedürfniß entspricht. (Beifall.)

Justizminister von Schelling: In manchen Punkten stimme ich dem Herrn Vorredner zu, in andern muß ich ihm widersprechen. In Bezug auf die Beförderung von Assessoren zu Amtsrichtern darf keineswegs lediglich rein mathematisch gefahren werden, weil

sonst Richter an Stellen kommen, in die sie nicht passen. Daß aber ungebührliche Bevorzugungen stattgefunden haben, bestreite ich. — Der erwähnte Reskript des Oberstaatsanwalts ist mir unbekannt, vom Justizministerium ist es nicht ausgegangen, und ich werde, falls es sich bestätigt, Remedur eintreten lassen. — Das System der bedingten Verurtheilung ist eine rein akademische Frage. Ich habe darüber die Gutachten der Oberlandesgerichte eingefordert, dieselben aber noch nicht vollständig erhalten.

Abg. Zelle (dfr.): Ich möchte eine nach meiner Ansicht unberechtigte Eigenthümlichkeit bei der Anwendung der Gerichtsverfassung in Schlesien hervorheben, die sich auf die Auswahl der Geschworenen bezieht. Nach dem Gerichtsverfassungsgesetz sind gewisse Personen unfähig zum Geschworenendienste, vor allem die Verbrecher; aber keinenfalls sollen ganze Klassen von Staatsbürgern grundsätzlich als nicht geeignet zu diesem Ehrenamt angesehen werden. Nun hat aber der Oberlandesgerichtspräsident von Schlesien eine Verfügung erlassen, wonach nach Möglichkeit vermieden werden soll, Juden zu Geschworenen zu wählen. Diese Maßregel hat die Empfindung ungerechter Zurückweisung erregt. Sie verstößt auch gegen die Gesetze und zwar nicht bloß gegen das Gerichtsverfassungsgesetz, sondern auch gegen die Artikel 2 und 12 der Verfassung und gegen das Gesetz vom 3. Juli 1869. Ich meine, je höher jemand in der Justizverwaltung steht, um so genauer sollte er die Gesetze kennen und beobachten. Darum bin ich weit entfernt, an den Herrn Justizminister die Frage zu richten, ob er diese Verfügung billigt, sondern bitte ihn nur, von der Sache Kenntniß zu nehmen und die Maßnahme, die nur demüthigend wirken und die schon genug verbreitete Unzufriedenheit im Lande nur noch vermehren kann, sobald wie möglich aus der Welt zu schaffen.

Justizminister v. Schelling: Mir ist nicht klar, wie der Oberlandesgerichtspräsident in Breslau in der Lage sein kann, auf die Auswahl der Geschworenengerichte einzuwirken, da diese doch in der Hand eines Ausschusses liegt. Ich bezweifle daher, daß überhaupt eine solche Verfügung erlassen ist. Legt jedoch der Abg. dahin Zeugniß ab, so werde ich die entsprechende Anfrage an den Oberlandesgerichtspräsidenten richten. Nach meiner Ansicht wäre eine solche Verfügung allerdings nicht zu billigen.

Abg. Dr. Krause (natl.): Die Strafrechtspflege befindet sich meines Erachtens nicht auf der Höhe. Eine Reform erscheint mir wünschenswerth. Ich freue mich, daß über die Idee der bedingten Verurtheilung Erhebungen gepflogen werden. Die Regierung wird sich dieser Bewegung nicht entziehen können. Wer das Gesetz in leichter Weise verletzt hat, sollte nicht im Gefängniß durch Berührung mit anderen Verbrechern verdorben werden und einen moralischen Defekt erleiden. Weiter bitte ich auch die Frage der Entschädigung unschuldig Verurtheilter nicht aus dem Auge zu lassen. Auch der Strafvollzug bedarf einer Reform. Oft sind wirklich die Gefängnisse Logirhäuser für eine gewisse Kategorie von Personen, die im Winter dort Unterkunft suchen. Besonders aber muß das Strafverfahren geändert werden. Die Berufung gegen Urtheile der Strafkammer muß eingeführt werden.

Abg. Bachem (Zentr.): Für die Rheinprovinz liegt ein dringendes Bedürfniß nach Vermehrung der etatsmäßigen Richterstellen vor, weniger für die Strafrechtspflege, die von den Bewohnern der Rheinprovinz weniger, als von den Angehörigen anderer Provinzen in Anspruch genommen wird, als vielmehr für die Zivilgerichtspflege. Namentlich sind die Vormundschaftsrichter zu vermehren. — Das Gehalt der gerichtlichen Unterbeamten muß unbedingt vermehrt werden; diese Unterbeamten stehen sich schlechter als ein Industriearbeiter und stimmen daher aus Unzufriedenheit für die Sozialdemokratie. Allerdings erfordert die Laufbahn eines jungen Juristen, ehe er zu Gehalt gelangt, viel Geld, aber die jungen Leute brauchten, selbst wenn sie Reserveoffiziere würden, ihren Eltern nicht so viel zu kosten, sie brauchten nicht so viel Champagner zu trinken und auf so hohem Fuße zu leben. (Zustimmung im Zentrum und links.)

Abg. Bödiker: Die Militärjustizanwärter haben eine Petition an das Haus gerichtet, in welcher sie über die Zivilanwärter, mit denen sie an demselben Tische arbeiten, in beleidigender Weise sich aussprechen. Das ist eine Zuchtlosigkeit; denn das Recht zu petitioniren ist nicht das Recht zu skandaliren.

Geh.-Rath Eichholz: Die Klagen der Zivilanwärter über die Militäranwärter und umgekehrt sind alt und werden auch nicht aufhören. Es wird sich darum handeln, einen modus vivendi herzustellen.

Abg. Mies (Zentrum) bemängelt, daß die Lage der Amtsgerichte nicht überall dem Bedürfniß der Eingesessenen entspräche.

Abg. Dr. Enneccerus (nationalliberal) erklärt dagegen, daß die Subalternbeamten an den oberen und unteren Gerichten gleichgestellt werden. Jedenfalls dürfe diese Beamtenklasse bei der bevorstehenden Gehaltsaufbesserung nicht leer ausgehen.

Geheimrath Eichholz erklärt, daß es in der Absicht der Regierung liege, bei der bevorstehenden Gehaltserhöhung gleichartige Beamtenklassen überall zu einer Gruppe zusammenzufassen und gleichmäßig zu bedenken. Dann würden mit den entsprechenden Beamten anderer Ressorts auch die unteren Gerichtsbeamten eine Gehaltserhöhung erfahren.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Titel bewilligt.

Bei Kapitel 73 „Oberlandesgerichte" beantragt die Budgetkommission, die Position für einen Senatspräsidenten bei dem Oberlandesgericht zu Breslau, 8700 Mark, abzusetzen.

Geheimrath Eichholz bittet von der Streichung abzusehen, weil ein dringendes Bedürfniß für eine solche Stelle am Oberlandesgericht Breslau vorliege, wo ein 6. Zivilsenat habe gebildet werden müssen.

Abg. Korsch (kons.) beantragt, den Titel an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Abg. Windthorst (C.) bestreitet, daß in Breslau, eben so wenig wie bei den anderen Oberlandesgerichten, eine Ueberbürdung vorhanden sei. Dagegen lege gerade dieser Fall die Erwägung nahe, ob nicht die Oberlandesgerichtspräsidenten zu sehr mit Verwaltungssachen beschäftigt seien. Jetzt seien sie kleine Minister und liefen fortwährend im Lande umher (Heiterkeit). Sie sollten ein Theil ihrer Verwaltungssachen dem Landesgerichtspräsidenten überlassen. Nur so würde es möglich sein, die Richter dem Gerichte zurückzugeben und sie von der Dienerschaft der Justizverwaltung zu befreien.

Abg. Günther (natl.) hält die Nothwendigkeit der Regierungsforderung durch die Zunahme der Bevölkerung des Oberlandesgerichtsbezirkes Breslau für hinreichend begründet.

Abg. Czwalina (dfr.) erklärt diese zahlenmäßige Berechnung für viel zu formalistisch; damals mußte zunächst doch an die Errichtung eines neuen Senats gedacht werden. Die Revision der Landgerichte könnte durch die Landgerichtspräsidenten in ausreichendem Maße ausgeführt werden.

Abg. Simon v. Zastrow (kons.) tritt für die Zurückverweisung an die Budgetkommission ein.

Geheimrath Eichholz betont, daß den Oberlandesgerichtspräsidenten die Verwaltungsgeschäfte unter allen Umständen überlassen bleiben müßten.

Der Antrag Korsch auf Rückverweisung in die Kommission wird abgelehnt und die von der Kommission beantragte Streichung angenommen.

Bei Titel 6 „Gerichtsschreiber und Sekretärse" bemängelt

Abg. Bachem, daß die in Berlin angestellten Beamten besonders hohe Lokalzulagen erhalten. Die höheren Wohnungsmiethen in Berlin würden schon durch den höheren Wohnungsgeldzuschuß ausgeglichen.

Der Titel wird bewilligt, desgleichen der Rest des Kapitels.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Dienstag 11 Uhr (außerdem Etat der Staatsschuldenverwaltung).

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 3. März. Während bei den ersten Wahlen am 20. Februar die Erfolge der Sozialdemokratie am meisten hervortraten, haben bei den Stichwahlen die Freisinnigen eine sehr viel größere Zahl von Mandaten erhalten, als erwartet worden. Dennoch ist nachgerade nicht mehr daran zu zweifeln, daß der neue Reichstag ebenso wie der frühere eine konservativ-klerikale Majorität haben wird. Die „Germania" berechnet den Gewinn des Zentrums vorläufig auf 4 Mandate, dazu kommen aber noch 4 welfische Hospitanten, da im Ganzen bis jetzt 8 Welfen bereits gewählt sind. In der That bereitet sich die „Germania" bereits auf eine konservativ-klerikale Aera vor, indem sie den Versuch macht, die Deutschkonservativen vom Kartell zu trennen. Zu den Hoffnungen, mit denen das Kartell sich trägt, hat bekanntlich auch bereits die „Nordd. Allg. Ztg." ihr Theil beigetragen, als sie neulich konstatirte, daß die beiden Parteien, welche am entschiedensten auf dem Boden der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers stehen, den Wahlkampf am besten bestanden hätten. Der Unterschied ist freilich der, daß das Zentrum mehr und die Deutschkonservativen weniger Mandate haben werden als im letzten Reichstage. Daß die Deutschkonservativen fast ausschließlich vom Kartell Nutzen gezogen haben, läßt sich angesichts der großen Verluste der Nationalliberalen und derjenigen der Reichspartei, die auf die Hälfte ihrer Mitglieder reduzirt ist, nicht mehr in Abrede stellen. Die Nationalliberalen haben eben den Konservativen den deutschen Osten fast ohne Widerspruch überlassen. — Aus den Verhandlungen des Staatsraths wird nachträglich eine Aeußerung des Kaisers berichtet, die vielfach kommentirt wird. Obgleich die „Post" neulich die Schlußansprache des Kaisers anscheinend im Wortlaut mittheilte, wird jetzt berichtet, der Kaiser habe, indem er die Frage der Sozialdemokratie als unabhängig von derjenigen des Arbeiterschutzes bezeichnete, bezüglich der Sozialdemokratie bemerkt, das sei seine Sache, er werde schon damit fertig werden. Ob die Aeußerung wörtlich so gelautet hat, ist anscheinend nach zuverlässigen Mittheilungen zweifelhaft. Zum Wenigsten wird in Abrede gestellt, daß die Mittheilungen den Sinn, den der Kaiser damit verbunden hat, richtig wiedergeben. Anscheinend sollte nur hervorgehoben werden, daß die Weiterbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung aus sachlich zureichenden Gründen erfolge, nicht aber, um der Sozialdemokratie Abbruch zu thun. Ueber die weiteren Absichten der Regierung bez. des Sozialistengesetzes steht auch jetzt noch nichts fest. Die Meldungen, daß dem nächsten Reichstage eine Vorlage wegen Ersatz des Sozialistengesetzes zugehen solle, sind ebenso voreilig, wie diejenigen, daß die Regierung entschlossen sei, das Gesetz mit Ende September außer Kraft setzen zu lassen. Daß Erwägungen in der letzteren Richtung stattgefunden haben, und zwar nicht erst in der letzten Zeit, wird auch an unterrichteten Stellen zugegeben. Man will wissen, daß in diesem Punkte schon bei dem Schluß des vorigen Reichstags Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, die endgiltig auch jetzt noch nicht ausgetragen sind. Daß der Staatsrath die allgemeine gesetzliche Einführung von Arbeiterausschüssen nicht befürwortet hat, wird zuverlässig bestätigt. Man nimmt anscheinend an, daß der Vorgang der fiskalischen Bergwerke, von denen in Saarbrücken bereits der Anfang gemacht worden ist, die Verwaltungen der Privatbergwerke veranlassen wird, freiwillig Arbeiterausschüsse einzuführen. Den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar gegenüber enthält der Beschluß bezüglich der Arbeiterausschüsse zweifellos eine Einschränkung des Programms.

— Der Kaiser nahm gestern Vormittag den Vortrag des Wirklichen Geheimen Rathes Dr. von Lucanus entgegen und empfing demnächst den Minister v. Wedell. — Am Nachmittag um 12 Uhr 50 Minuten begab sich der Kaiser nach Potsdam und entsprach einer Einladung des Rittmeisters von Drewitz vom Leib-Garde-Husaren-Regiment zur Tafel.

— Kaiser Wilhelm sandte, wie der „Voss. Ztg." aus Wien gemeldet wird, als Geschenk an Kaiser Josef von Oesterreich aus dem Nachlasse der Kaiserin Augusta ein kunstvoll gearbeitetes Standbild, einen Friedensengel darstellend.

— Die Kaiserin Friedrich wohnte am Sonntag Vormittag mit den Prinzessinnen Töchtern dem Gottesdienste in der Friedenskirche in Potsdam bei und verweilte dann noch einige Zeit auf Gut Bornstedt. Am Abend folgten die Kaiserin Friedrich mit den Prinzessinnen Töchtern einer Einladung der kaiserlichen Majestäten zur Familientafel. Gestern Mittag verweilte die Kaiserin Friedrich längere Zeit in der Kinder-Krankenanstalt in der Reinickendorfer Straße 32.

— Die Arbeiten des Staatsraths sind durch die drei Ausschußsitzungen als erledigt zu erachten; eine nochmalige Berufung des Plenums ist für jetzt nicht in Aussicht genommen. Die Mitglieder der Ausschüsse bemerkten scherzhaft, sie hätten drei Mal, einschließlich der Pause, einen „neunstündigen Arbeitstag" durchzumachen gehabt. Die Debatten waren umfangreich und sehr eingehend; die Leitung der Verhandlungen durch den Kaiser und dessen persönliches Eingreifen in die Erörterungen hat allgemein imponirt. In den Pausen unterhielt sich der Kaiser angelegentlich mit allen Mitgliedern, zumal mit den Vertretern der Arbeiterkreise. Einer derselben hätte, so wird erzählt, dem Kaiser kein Hehl daraus gemacht, daß er der sozialdemokratischen Rich-

---

Das Rettungsboot und die Rettungsraketen an den Küsten.

Nicht mit Unrecht haben die Engländer das Rettungsboot „das Palladium der See" genannt, denn dasselbe soll Rettung aus Seenoth bringen und hierbei die Rettenden, wie die vom Wrack Geretteten vor Gefahren schützen. Nicht jedes seegängige Boot ist auch zugleich als Rettungsboot geeignet. Gerade im schwersten Seegange, dem kein anderes Boot zu trotzen vermag, soll das Rettungsboot zuverlässig sein. Hieraus ergeben sich bei näherer Betrachtung diejenigen Eigenschaften von selbst, die es vor allen anderen Seebooten voraus besitzen muß, die eigentlich erst seine Geeignetheit zu Rettungszwecken ausmachen. Es muß vor allen Dingen unversinkbar sein, das geschöpfte Wasser soll es selbstthätig in kurzer Zeit wieder über Bord schaffen, es darf ferner schwer zum Kentern kommen, ist es aber umgeschlagen, so soll es sich von selbst schnell wieder aufrichten. Wie schwer alle diese Eigenschaften in einem Boote zu vereinigen sind, mag daraus hervorgehen, daß schon viele Hundert Rettungsboote erfunden wurden und da noch immerfort neue dazu erfunden werden, so ist damit auch gesagt, daß die vorhandenen noch Mängel besitzen, deren Beseitigung wünschenswerth erscheint.

Es ist merkwürdig genug, daß das älteste Rettungsboot älter ist, als alle Rettungsgesellschaften und daß es nicht von einem Fachmann, einem Schiffbauer, sondern einem Wagenfabrikanten und Mechaniker, einem gewissen Lukin in London, zu Anfang der achtziger Jahre vorigen Jahrhunderts erfunden wurde. Er baute sowohl ein Ruder- wie ein Segelboot, die beide nicht umschlagen und nicht versinken konnten. Sie waren außenbords mit einem breiten Korkgürtel und innenbords mit wasserdichten Behältern zur Erhaltung der Schwimmfähigkeit und mit einem eisernen Kiel behufs Selbstaufrichtens versehen. Ein solches Boot fertigte er auch für den Archidiakonus Sharp, dessen wir in der Geschichte des Rettungswesens bereits gedachten. Dieser übergab es der ersten von ihm in Bamborough eingerichteten Rettungsstation. Lukin erhielt zwar im Jahre 1785 ein Patent auf seine Erfindung, wußte auch den König Georg IV. für dieselbe zu interessiren und wandte sich an die Admiralität, sowie an das Trinity-House, diejenige Behörde Englands, welche über die Leuchtfeuer und Seezeichen zu wachen hat, mit der Bitte, ihm bei Bekanntmachung und Verbreitung seiner Erfindung behülflich zu sein, trotzdem war aber dem in Shields errichteten Rettungsverein nichts davon bekannt geworden, denn derselbe fragte erst, ob es möglich sei, ein unversinkbares Boot herzustellen und schrieb dann einen Preis auf ein Rettungsboot aus. Es wurden zwei Boote, von Wouldhave und Greathead eingeliefert. Das erstere wurde nach einigen Verbesserungen angenommen und hiernach gilt Wouldhave allgemein als der Erfinder des Life-boat, obgleich es, wie das Boot Lukins, den Korkschwimmgürtel mit wasserdichten Behältern, aber nicht den eisernen Kiel zum Selbstaufrichten besaß.

Ein Modell von Wouldhave's Boot besitzt das Northumberland-Haus in London, die Pläne desselben aber werden in der St. Hilda-Kapelle des Friedhofs zu Shields aufbewahrt, wo Wouldhave begraben liegt. Sein Andenken wird durch folgende Grabschrift geehrt:

Sacred to the Memory of William Wouldhave Who died September 28th. 1821, Aged 70 years, Clerk of this Church and Inventor of that invaluable blessing to mankind „The Life-boat."	Gewidmet dem Andenken des William Wouldhave, welcher starb am 28. Sept. 1821, 70 Jahre alt, Sekretär dieser Kirche und Erfinder des unschätzbaren Segens der Menschheit „des Rettungsbootes."

Auch Greathead, welcher die ersten Rettungsboote auf seiner Werft baute, mit deren Hilfe in kurzer Zeit viele Menschenleben gerettet wurden, fand reiche Anerkennung und Belohnung. Lukins Verdienste sind nachträglich auch noch aus der Vergessenheit hervorgezogen und durch eine 1834 auf seinen Grabstein in London gesetzte Inschrift verewigt worden. Die Inschrift lautet:

„This Lionel Lukin was the first who built a Life-boat, and was the original Inventor of that principle of safety, by which many lives and much property have been preserved from Shipwereck, and he obtained for it the Kings patent in the year 1785."

(Dieser Lionel Lukin war der Erste, welcher ein Rettungsboot baute und war der eigentliche Erfinder jenes Prinzips der Sicherheit, durch welche viele Leben und viel Eigenthum vor dem Schiffbruch bewahrt worden ist; und er erhielt deshalb das Königspatent des Jahres 1785.)

Bis zum Jahre 1840 war bereits eine stattliche Reihe verschiedener Rettungsboote hergestellt, aber noch immer fehlte es ihnen an einer zweckmäßigen Einrichtung zur Entleerung des bei hohem Seegang über Bord schlagenden Wassers. Konnte es auch nicht sinken, so war doch die Fortbewegung des mit Wasser gefüllten Bootes außerordentlich erschwert und seine Steuerung fast aufgehoben. Deshalb schrieb im Jahre 1840 der Rettungsverein zu Shields nochmals einen Preis auf ein Rettungsboot mit Selbstentleerungsvorrichtung aus, den Farrow sich erwarb. Er vermehrte die Schwimmfähigkeit des Bootes, gab ihm einen doppelten Boden, welcher bei vollbesetztem Fahrzeug noch über der Wasserlinie blieb. In dem Zwischenraum der Böden befanden sich innenbords mündende Rohre, welche durch die Bekleidung des Bootes gingen und durch Ventile gegen das Eindringen von Wasser von unten her geschützt waren. Diese Rohre schafften das geschöpfte Wasser schnell über Bord.

Auch die bereits von Lukin erfundene Einrichtung des Bootes zum Selbstaufrichten nach dem Kentern war wieder in Vergessenheit gerathen und mußte von Neuem erfunden werden, als der Herzog von Northumberland bei Gründung der Life-boat Institution im Jahre 1850 einen Preis von 100 Guineen für ein Rettungsboot aussetzte, welches, wenn auch gekentert, sich doch von selbst wieder aufrichtet. Nicht weniger als 280 Modelle wurden eingeliefert! Das mit dem Preise gekrönte Boot von Beeching entsprach trotzdem nicht allen Wünschen, es wurde aber von dem Bootsbauer J. Peake in Woolwich, einem der Preisrichter, derart verbessert, daß das gekenterte Fahrzeug in 5 Sekunden sich aufrichtete, was durch einen 5 Zentner schweren Eisenkiel bewirkt wurde. Die Wasserentleerung des vollen Bootes erfolgte in 55 Sekunden. Trotzdem wurde auch dieses Boot noch bemängelt und erst im Jahre 1856 als Normalboot der Life-boat Institution eingeführt. Als solches wird es zwar auch heute noch angesehen, was indessen nicht daran hindert, daß noch vielerlei andere Boote bei den Bezirksvereinen sich im Gebrauch befinden.

Die große Schwere dieses Bootes ist ein Nachtheil, der seine Verwendung an den flachen Küsten der Ost- und Nordsee in Deutschland, Dänemark und Holland unmöglich gemacht hat; außerdem ist der Transport des schweren Bootes auf einem Wagen an den sandigen Küsten nach der Strandungsstelle unausführbar. Man hat deshalb in diesen Ländern auf die Einrichtung zum Selbstaufrichten nach dem Kentern verzichtet und sich mit großer Schwimmfähigkeit und Selbstentleerung begnügt. Die nach Francis (in Newyork) System aus gewelltem und verzinktem Stahlblech her-

tung angehöre; es hätte darüber zwischen dem Kaiser und dem Arbeiter eine Unterhaltung stattgefunden, bei welcher der Kaiser mit herzgewinnender Offenheit sich ausgesprochen haben soll. Mit allen Mitgliedern der Ausschüsse erhielt auch dieser Arbeiter (Putzer Buchholz) eine Einladung zu dem Mittagsmahl am 1. d. im königlichen Schlosse und war derselben gefolgt. Auch hier hätte sich der Kaiser aufs Neue huldvoll mit dem Arbeiter unterhalten, wobei jedoch sozialpolitische Dinge nicht berührt worden wären. — Bei dem Festmahl im Schlosse herrschte eine sehr gehobene Stimmung. Der Kaiser nahm wiederholt Gelegenheit, nach Aufhebung der Tafel einzelnen Mitgliedern seine große Befriedigung über den Verlauf der Arbeiten auszusprechen. Vielfach sah man den Kaiser in eingehendem Gespräch mit dem Fürsten Bismarck. Auch die Kaiserin hat sich in huldvoller Weise mit vielen Anwesenden unterhalten. Erst nach 8 Uhr Abends wurden die Gäste entlassen

— Einschließlich der Wahlen vom 20. Februar beträgt die vorläufige Stärke der Parteien nach dem „Berl. Tgbl.“ bis jetzt: 69 Deutschfreisinnige, 10 Demokraten, 37 Nationalliberale, 22 Reichspartei, 64 Konservative, 100 Zentrum, 36 Sozialdemokraten, 9 Welfen, 4 Antisemiten, 14 Polen, 13 Elsässer, 1 Däne, 2 Wildliberale.

— Die „Königsb. Hart. Ztg.“ meldet: Wie ein Anschlag am schwarzen Brett zur Kenntniß bringt, ist ein Student der Medizin durch rechtskräftiges Erkenntniß des akademischen Senats vom 6. d. M. wegen unzulässiger Begünstigung der sozialdemokratischen Bestrebungen und demgemäß wegen Verletzung der akademischen Sitte und Ordnung mit der Relegation bestraft worden. Der akademische Senat erläßt gleichzeitig eine Warnung an die Studirenden, sich von jeder Antheilnahme an jenen Bestrebungen fern zu halten.

— Ueber den Ausfall der Wahl in Königsberg, bei der bekanntlich der Sozialdemokrat Schulze mit einer Mehrheit von 500 Stimmen über den freisinnigen Papendieck siegte, schreibt die „K. H. Z.“:

„Wir konstatiren hiermit nach genauester Prüfung der Wahllisten, daß dies Ergebniß lediglich dem Verhalten einer allerdings nur kleinen Anzahl von Konservativen zu verdanken ist. Alle anderen Parteien, insbesondere die Handwerkerpartei, der Katholische Volksverein, namentlich aber die nationalliberale Partei, haben Mann für Mann für den gemeinsamen Kandidaten der Ordnungsparteien auf das rührigste gewirkt und gestimmt. Aber ebenso ist es eine aus den Wählerlisten festgestellte Thatsache, daß die große Mehrzahl unserer höchsten Beamten und mit ihnen zahlreiche Beamten aus den verschiedensten Verwaltungskreisen sich der Wahl enthalten haben. Diese Stimmenthaltung — und sie allein — hat den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten in der königlichen Haupt- und Residenzstadt Königsberg entschieden. Die unabhängige Bürgerschaft unserer Stadt, die sich in letzter Stunde, von allem Parteihader absehend, auf die Kandidatur Papendieck vereinigt hatte, ist somit geschlagen worden durch die Stimmenthaltung der ausschlaggebenden Minorität derjenigen Partei, die sich mit Vorliebe als die staatserhaltende zu bezeichnen liebt.“

— Herr v. Blanckenburg, welcher gegen Ende des vergangenen Jahres durch ein schweres Augenleiden gezwungen worden ist, seine Thätigkeit für die Schlesische Zeitung einzustellen, vermag seine schriftstellerischen Arbeiten nicht wieder aufzunehmen und ist deshalb auch von der politischen Leitung der Schlesischen Zeitung zurückgetreten, an welcher er 26 Jahre thätig gewesen ist.

Frankreich.

* **Paris,** 3. März. Der neue Minister des Innern Leon Bourgeois ist kaum 39 Jahre alt, Pariser, natürlich Advokat, eine stattliche Erscheinung, sowie ein äußerst gewandter tüchtiger Redner. Im Jahre 1877 ist Bourgeois in die Verwaltung eingetreten und seither Generalsekretär im Marne-Departement, Unterpräfekt in Rheims, Präfekt im Tarn-Departement, sodann von 1883—1885 Generalsekretär der Seine-Präfektur, kurze Zeit Präfekt in Toulouse, Direktor im Ministerium des Innern und Polizeipräfekt von Paris gewesen. Er ließ sich aber bald in Chalons zum Deputirten wählen, wurde dann von Floquet zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ernannt, fiel mit Floquet im Februar 1889. Bei den letzten Wahlen in Chalons wiedergewählt, hat Bourgeois jetzt vor der Annahme des Portefeuille den Rath Floquets eingeholt, so daß er hoffen darf, daß die radikale Fraktion seine Ernennung acceptirt und den Sturz des Ministeriums verhindern wird.

Parlamentarische Nachrichten.

d. **Gegen die Wahl des Reichstagsabgeordneten Poll,** welcher im Wahlkreise Wirsitz-Schubin mit absoluter Mehrheit von 199 Stimmen gewählt worden ist, soll polnischerseits Einspruch erhoben werden, angeblich, weil in mehreren Wahlbezirken ungehörige Wahlbeeinflussungen vorgekommen seien.

Lokales.

Posen, den 4. März.

* **Die Volksliedertafel** veranstaltete am vergangenen Sonnabend in den festlich geschmückten Räumen des „Hotel de Saxe“ ein Masken- und Narrenfest. Der Saal war von den Mitgliedern des Vereins und den eingeführten Gästen bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Einzug der sehr zahlreichen Masken fand gegen 9 Uhr unter den Klängen eines besonderen, vom Vereinsdirigenten Herrn Huch komponirten Festmarsches statt. Unter den Masken selbst wurden die kostbarsten Kostüme bemerkt; die Demaskirung erfolgte gegen Mitternacht. In den Tanzpausen gelangten Soloszenen und humoristische Vorträge zur Aufführung, von welchen aus dem sehr reichhaltigen Programm besonders hervorzuheben sind: „Die Perleberger Feuerwehr“ von O. Mylius, „Graf von Dattenborn“ von Panzer, Musik von Exner, „Die siamesischen Zwillinge“, Humoreske, Musik von Huch, „Der Lumpensammler Knaak“, Soloszene von Grabe, „Vom Standpunkt“, Musik von Huch, „Der Stiefelputzer“, Humoreske von Knaute. Das Fest, welches als ein in jeder Beziehung gelungenes zu bezeichnen ist, erreichte erst am frühen Morgen sein Ende. — Erwähnt wird hierbei noch, daß der Verein bemüht ist, an dem im Mai d. J. stattfindenden Stiftungsfeste das große und schöne Gesangswerk „Der Lanzknecht“ von Teuber, welches vor drei Jahren beim hiesigen Provinzial-Sängerfeste zum Vortrage gelangte, aufzuführen; mit den Proben zu demselben ist schon begonnen worden.

— u. **Der Gesangverein „Liederkranz“** hat am vergangenen Sonnabend in den festlich geschmückten Räumen des Beyerschen Etablissements sein sechstes Stiftungsfest gefeiert. Nachdem die Kapelle des zweiten Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 47 einige Musikpiecen zu Gehör gebracht hatte, trugen die Sänger „die Ehre Gottes in der Natur“ von Beethoven, „das Ständchen“ von Franz Otto und das immer schöne Lied „Zwischen Frankreich und dem Böhmerwald“ von H. Dürrner, vor. Trotzdem der Verein mit großen Stimmmitteln recht ausgerüstet ist, waren die Leistungen der Sänger doch nicht anerkennenswerthe. Nach der ersten Gesangsnummer hielt Herr Sekretär Collatz die Festrede. Nach einem von einer Dame aus dem Verein gesprochenen Prolog, produzirte sich dann ein Konzertmaler. Eine gut einstudirte mit vielem Humor vorgetragene Posse „Aus Dankbarkeit“, darauf ein Terzett „die Drillinge“ und ein Duett bildeten den Schlüß der genußreichen Abendunterhaltung. Darauf begann der Tanz, welcher die Festgenossen bis an den frühen Morgen gemüthlich vereinigte. Besonders hoch wurde Seitens des Vereins die Deputirung zweier Vorstandsmitglieder des Provinzial-Sängerbundes aufgenommen, was der Beifall bewies, der den kurzen, bündigen Dankes-Worten eines der Deputirten für die Einladung gezollt wurde.

d. **Von den in Oberschlesien für Zentrumskandidaten bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen** behauptet der „Dziennik Poznanski“, daß die meisten dieser Stimmen von Wahlberechtigten polnischer Nationalität herrühren. Als Gegenleistung hierfür verlangt der „Dzien.“ von den deutschen Katholiken der Provinzen Posen und Westpreußen, daß dieselben fortan in den Wahlkreisen mit gemischter Bevölkerung bedingungslos ihre Stimmen für den polnischen Kandidaten abgeben sollen, was bei den letzten Reichstagswahlen mehrfach nicht geschehen sei, indem die deutschen Katholiken Westpreußens ihre eigenen Kandidaten aufgestellt hätten und somit einer blinden Eroberungspolitik gefolgt seien. Ein solches nicht edelmüthiges Verhalten müsse einen Jeden empören. Sollte hier zu Gunsten der polnischen Kandidaten ein Wandel nicht eintreten, so müsse ein polnisches Zentral-Wahlkomite für alle Theile des preußischen Staates so schnell als möglich gegründet werden, und man werde sich über 5 Jahre von dem Erfolge, den dasselbe in Oberschlesien werde aufzuweisen haben, überzeugen können.

* **Ein Begräbniß,** das gestern Nachmittag um drei Uhr auf dem neuen St. Adalbertkirchhofe stattfinden sollte, mußte bis sechs Uhr Abends verschoben werden, weil die Betheiligten vergessen hatten, das Grab zu bestellen und ein solches daher erst hergestellt werden mußte.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet: zwei Bettler, eine total betrunkene Frauensperson, ein Fleischergeselle wegen Belästigung des Publikums auf dem Petriplatz und ein obdachloser Gärtner wegen Bettelns in der Schrodkastraße. Beschlagnahmt: ein trichinöses Schwein bei einem Fleischermeister in der St. Martinstraße. — Gefunden: ein Pumpenventil in der Nähe des Pulvermagazins des Forts III A.

Aus der Provinz Posen
und den Nachbarprovinzen.

—i. **Gnesen,** 2. März. [Wohlthätigkeitsvorstellung.] Der Vaterländische Frauen-Verein veranstaltete heute im Saale des Hotel de l'Europe eine Wohlthätigkeitsvorstellung. Das Haus war ausverkauft und ernteten die Darsteller bei jeder Nummer stürmischen Beifall. Der Ertrag ist zum Besten der Armen hiesiger Stadt ohne Unterschied der Konfession bestimmt.

z **Ostrowo,** 2. März. [Wintervergnügen. Diebstähle.] Gestern veranstaltete der hiesige Männer-Turnverein in der großen Sängerhalle des Schützenhauses sein Wintervergnügen, an welchem sich Mitglieder und Eingeladene recht zahlreich betheiligten. Heitere und ernste Vorträge sowie turnerische Uebungen wechselten ab und wurden beifällig aufgenommen. Der Tanz hielt die Anwesenden bis zu früher Morgenstunde beisammen. — In der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag brachen Diebe in die Wohnräume des hiesigen Gastwirths S. ein und entwendeten Geld und Werthgegenstände. Wie wir hören, soll gestern ein zweiter Einbruchsdiebstahl in der Kirchstraße versucht worden sein.

Handel und Verkehr.

** **Berlin,** 3. März. Wochenübersicht der Reichsbank vom 28. Februar.

Aktiva.			
1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mark berechnet . . . . . . Mark	822 489 000	Zun.	1 201 000
2) Best. an Reichskassensch. =	20 044 000	Abn.	344 000
3) do. Noten anderer Banken =	10 942 000	Zun.	1 955 000
4) do. an Wechseln . . . =	485 435 000	Zun.	51 286 000
5) do. an Lombardforderung. =	106 061 000	Zun.	29 615 000
6) do. an Effekten . . . . =	1 974 000	Abn.	50 000
7) do. an sonstigen Aktiven =	42 415 000	Abn.	1 281 000
Passiva.			
8) das Grundkapital Mark	120 000 000	unverändert	
9) der Reservefonds =	24 435 000	unverändert	
10) d. Betr. d. umlauf. Not. =	916 551 000	Zun.	30 499 000
11) der sonst. tägl. fälligen Verbindlichkeiten . . =	414 004 000	Zun.	51 238 000
12) die sonstigen Passiva . =	326 000	Abn.	49 000

Bei den Abrechnungsstellen sind im Monat Februar 1890 abgerechnet 1 455 153 400 M.

** **Berlin,** 3. März. [Konkurs-Nachrichten.] Konkurs ist eröffnet über das Vermögen 1) des Malermeisters Hermann Kuhlenschmidt hier. Große Frankfurterstraße 124. Konkursverwalter ist der Kaufmann Sieg, Potsdamerstraße 118. Anmeldefrist bis 15. April. Termin 25. März; 2) des verstorbenen Bankiers Otto Fiedler hier, Lindenstraße 115. Wohnung Blücherstraße 65. Konkursverwalter ist der Kaufmann Rosenbach, Kaiser Wilhelmstraße 19. Anmeldefrist bis 19. April. Termin 15. März d. J. Der Konkurs des Kaufmanns Herrmann Simonsohn ist mit Einwilligung der Gläubiger aufgehoben.

** **Berlin,** 3. März. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Mäßige Zufuhr, ruhiges Geschäft. Dänisches Schweinefleisch etwas höher bezahlt. Wild und Geflügel. Das Wildgeschäft ist nicht bedeutend. Geflügelzufuhr ausreichend, Preise fest. Fische. Durchaus ungenügende Zufuhr. Lebhaftes Geschäft, hohe Preise. Butter. Zufuhr gering, Preise steigend. Käse ruhig. Eier etwas höher. Gemüse, Obst und Südfrüchte. Unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 55—58, IIa 46—54, IIIa 38—42, Kalbfleisch Ia 58—65, IIa 45—55, Hammelfleisch Ia 52—55, IIa 46—50, Schweinefleisch 58—63, Bakonier do. — M., russisches do. 53 bis 54 M. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 85—100 M., Speck, ger. 80 M. per 50 Kilo.

---

gestellten Boote haben sich bei ihrem geringen Tiefgang von etwa 30 cm an den deutschen Küsten in Jahre langem Gebrauch sehr gut bewährt. Es sind Ruderboote, die durch 10 bis 12 Riemen fortbewegt werden. Nur an der Westküste Schleswig-Holsteins, wo weite Strecken bis zur offenen See zu den Strandungsstellen zurückgelegt werden müssen, sind Segelbooteu von größeren Abmessungen im Gebrauch.

In unserer Zeit der Dampfschiffe liegt wohl nichts näher als der Gedanke, auch die Rettungsboote durch Dampfkraft fortzubewegen. Die vielen Bedenken indessen, die der Anwendung derselben entgegenstehen, haben diese Frage bis heute noch zu keiner befriedigenden Lösung kommen lassen. Ein Dampfboot dürfte z. B., auch wenn es nicht mit der Einrichtung zum Selbstaufrichten versehen ist, niemals kentern, weil dann die Maschine zeitweilig betriebsunfähig würde. Die Dampfboote müßten daher der erforderlichen Seegängigkeit wegen, erheblich größere Abmessungen erhalten. Auch erfordert das Anheizen der Maschine mehr Zeit, als zum Inswasserlassen und zur Hülfeleistung in Strandungsfällen billiger Weise gewährt werden kann; es sei denn, daß die Maschine beständig unter Feuer gehalten würde.

Genug, um der Lösung dieses Problems näher zu kommen, erließ die englische Rettungsgesellschaft im Jahre 1887 ein Preisausschreiben für das beste System der mechanischen Fortbewegung von Rettungsbooten. Im Jahre 1888 haben sich die Preisrichter, unter diesen der berühmte Erbauer von Torpedobooten, Thornycroft, für die Annahme des von der Firma R. u. H. Green in Blackwall eingelieferten Bootes mit hydraulischer Propulsion entschieden, nachdem noch einige Aenderungen an demselben mit dem gewünschten Erfolg ausgeführt waren. Das Boot ist 15,25 Meter lang, in der Wasserlinie 3,66 Meter breit, hat 0,9 Meter Tiefgang, 20 Tonnen Deplacement, eine Maschine von 170 Pferdekräften, kann außer der Bemannung 30 Personen und 60 Zentner Kohlen an Bord nehmen und erreicht eine Geschwindigkeit von 9—10 Knoten (17—18 Kilometer) in der Stunde. Das Wasser kann nach Erfordern nach vorne, achter, steuer- oder backbord ausgestoßen und so jede Bewegung mit dem Boote leicht ausgeführt werden. Ein solches Rettungsboot wird schwerlich an den deutschen Küsten sich einbürgern, aber Niemand wird behaupten wollen, daß mit dieser Erfindung alle Möglichkeiten erschöpft seien, ebenso wenig wird man sich der Ansicht verschließen können, daß ohne den erfolgten Ersatz der jetzt ausschließlich zur Anwendung kommenden Menschenkraft, durch Maschinenkraft das Problem des Rettungsbootes zum Gebrauch an den Küsten noch nicht als gelöst betrachtet werden kann, wobei keine der jetzt gebräuchlichen Kraftquellen, Wasserdampf, Elektrizität, Leucht- oder Petroleumgas, Benzinzerstäubung, Kohlensäure u. s. w., von vornherein ausgeschlossen sein kann.

Anders verhält es sich mit den Rettungsbooten, welche von großen Schiffen, namentlich Passagierdampfern, auf Reisen mitgenommen werden. Da diese Schiffe meist einer größeren Anzahl solcher Boote bedürfen, so ist es wünschenswerth, daß letztere möglichst wenig Raum an Deck einnehmen, sich aber schnell über Bord zu Wasser bringen lassen und dann sofort gebrauchsfähig sind. Die neueren Erfinder haben sich deshalb allgemein dem System der zusammenlegbaren Boote zugewendet, die an Deck meist noch als Sitzbänke Verwendung finden. Auf der internationalen Ausstellung in Glasgow sind verschiedene derartige Boote ausgestellt worden, von denen die von Shepherd, sowie von Hinderson vielen Beifall fanden. Von Anderen sind Rettungsflöße konstruirt worden, weil diese viele Personen aufnehmen können und nicht der Gefahr des Kenterns ausgesetzt sind, worauf bei Passagierdampfern allerdings großer Werth zu legen ist.

So vortreffliche Dienste aber auch die Rettungsboote an den Küsten leisten, giebt es doch häufig Fälle, in denen der Mensch ohnmächtig den tobenden Elementen gegenübersteht, in denen auch das Rettungsboot Hilfe und Schutz versagt. Der Gedanke, in solchen Fällen den nahe der Küste gestrandeten Schiffen eine Leine zuzuwerfen, mittelst deren dann ein starkes Tau hinübergezogen werden kann, an welchem die Rettung der Schiffsbesatzung nach und nach erfolgt, liegt eigentlich zu nahe, als daß er nicht schon in früheren Zeiten mit den jeweiligen Hilfsmitteln zur Ausführung gekommen sein sollte. Die Benutzung des Neufundländer Hundes, der als flotter Schwimmer bekannt ist, die Leine zum Schiffe hinüber zu tragen, war, so viel uns bekannt, noch von keinerlei praktischem Nutzen. Dagegen hat man bis in die neueste Zeit mit Erfolg die aus einem Mörser geworfene Bombe und seit Anfang unseres Jahrhunderts die Kriegsrakete als Leineträger zum Schiffe verwendet. Zuerst soll, um Mitte des vorigen Jahrhunderts, der englische Feuerwerker Bell aus einem 8zölligen Mörser eine Leine geschossen haben, für welche Erfindung er einen Preis von 50 Guineen erhielt. Bell hatte das Schicksal wie nach ihm Lukin, auch seine Erfindung gerieth derart in Vergessenheit, daß, als Manby Anfang des Jahres 1808 mittelst Hinüberschießens einer Leine aus einem Mörser nach einem bei Yarmouth gestrandeten Schiff die Besatzung desselben rettete, diese Erfindung als neu angesehen und fortan nach ihm als „Manbyscher Rettungsmörser“ benannt wurde.

Aber schon im Jahre vorher, 1807, schlug der Kapitän Trengrowe zu Helston in Cornwall vor, die damals für Kriegszwecke in Aufnahme gekommenen Signal-Raketen als Leineträger zu benutzen. Dennelt in New-York wählte später mit besserem Erfolg die kräftigere Kriegsrakete von Congreve. Heute erfreut sich die im Feuerwerks-Laboratorium zu Spandau gefertigte Signalrakete von 8 cm Durchmesser eines besonderen Rufes für Rettungszwecke weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Die Schwierigkeit bei Verwendung dieser Rettungsmittel lag darin, die Leine so zu legen, daß ihr Abwickeln leicht von Statten ging, ohne das Geschoß in seinem Fluge aufzuhalten, oder aus seiner Bahn abzulenken. Durch Versuche ist man zu recht befriedigenden Ergebnissen gelangt. Die Rettungsrakete wird bis auf Entfernungen von 400 m gebraucht, wobei es ziemlich gleichgültig ist, ob sie aus einem besonderen Geschütz, wie in Frankreich, oder von einem dreibeinigen Gestell, wie in Deuschland, abgefeuert wird.

Mittelst der hinübergeworfenen Leine wird von den auf dem Wrack der Rettung Harrenden ein Steertblock, über dessen Rolle ein Tau ohne Ende (Jölltau) läuft, hinübergezogen und am Maste befestigt. Ist dies geschehen, wird auf ein Zeichen durch die Mannschaften am Lande mittelst des Jölltaues das eigentliche dicke Rettungstau zum Wrack gezogen und hier oberhalb des Steertblockes am Mast befestigt. Sobald dies geschehen und das Rettungstau am Lande straff angeholt und festgelegt ist, wird auf demselben ein Läufer mit Rettungsboje mittelst des Jölltaues hin- und hergezogen und auf diese Weise ein Mann nach dem andern vom Wrack herübergeholt.

Wir wollen zum Schluß noch bemerken, daß alle Rettungsmannschaften, um vor der Gefahr des Ertrinkens geschützt zu sein, stets mit einer Korkweste bekleidet sind, durch welche sie viele Stunden lang vor dem Untersinken geschützt werden. Fallen sie über Bord und können sie die schleifenförmig außenbords des Rettungsbootes angebrachten Rettungsleinen nicht ergreifen oder sich in anderer Weise selbst retten, so können sie schwimmend Rettung vom Lande oder dem Rettungsboot erwarten. α.

Wild. Damwild per ½ Kilo 0,60—0,80, Rothwild per ½ Kilo 0,48—0,57, Rehwild Ia 1,00—1,20, IIa bis 0,95, Wildschweine 0,50 bis 0,65 M.

Wildgeflügel. Fasanenhähne 3,50—5,00 M., Birkhähne 2,00—2,25 M., Wildenten 1,50—2,00 M., Seeenten 0,40—0,50 M., Schneehühner 1,10 M., Krammetsvögel — M.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse —,— M., Enten 1,70 bis 2,50 M., Puten 4,00--6,00 M., Hühner, alte 1—1,50 M., do. junge — M., Tauben 0,50—0,60 Mk. per Stück.

Fische. Hechte p. 50 Kilogramm 72 M., Zander — M., Barsche 58—61 M., Karpfen, große 85 M., do. mittelgr. 72 M., do. kleine 69 M., Schleie 61 bis 67 M., Bleie, mittel 53 M., Aland —, bunte Fische (Plötze rc.) — M., Aale gr. — M., do. mittelgroße — Mk., do. kleine — Mk., Krebse, große pr. Schock — M., mittelgr. 4—6 Mk., do. kleine, 10 Centimeter, 2,25—2,50 Mk.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 108—112 M., IIa. 100 bis 105 M., schlesische, pommersche und posensche Ia. 106—109 M. do. do. IIa. 100—105 M., ger. Hofbutter 87—95 M., Landbutter 75—85 M. — Eier. Hochprima Eier 2,80 Mk., Kalkeier — Mk per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisekartoffeln 1,20—1,60 Mark, do. blaue 1,20—1,60 Mk., do. weiße 1,20—1,60 Mk., Nimpansche Delikateß 5—6 M., Zwiebeln 9,50—10,50 M., per 50 Kilogr., Mohrrüben lange per 50 Liter 1 Mk., Blumenkohl, per 100 Kopf 30—35 M., Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, französisch 100 Kopf 10—12 Mk., Spinat per 50 Ltr. 3,00 M., Kochäpfel — M., Tafeläpfel, tyroler — M., p. 50 Kilo, Nüsse, per 50 Kilo Franz. Marbots 28—30 M., franz. Lots 24—26 M., rheinische — M., rumänische — M., Haselnüsse, rund. Sicilianer 26—28 Mark do. lang, Neapolitaner 46—50 M., Paranüsse 35—48 Mark, franz. Krachmandeln 95—100 Mark. Apfelsinen, Messina, 11—15 Mark. Zitronen, Messina 9—14 M. per 50 Kg.

** **Stettin,** 3. März. [Petroleum.] Der Lagerbestand betrug am 22. Februar 24 544 Brls.
Versand vom 22. Februar bis 1. März d. J. 3 012 =
Lager am 1. März d. J. 21 542 Brls.
gegen gleichzeitig in 1889: 14 321 Brls., in 1888: 12 592 Brls., in 1887: 8 022 Brls., in 1886: 12 393 Brls., in 1885: 18 009 Brls., in 1884: 18 532 Brls.

Der Abzug vom 1. Januar bis 1. März d. J. betrug 37 519 Brls. gegen 39 790 Brls. in 1889 und 28 519 Brls. in 1888 gleichen Zeitraums.

In Erwartung nichts.

Die Lagerbestände loko und schwimmend waren in:

	1890 Barrels	1889 Barrels
Stettin am 1. März	21 542	31 935
Bremen = = =	89 840	111 098
Hamburg = = =	218 556	176 664
Antwerpen = = =	74 242	67 525
Amsterdam = = =	49 654	37 661
Rotterdam = = =	99 532	76 754
Zusammen	553 366	501 637

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.
A. Mit Verbrauchssteuer.

	1. März.	3. März.
Fein Brodraffinade	27,50—28,00 M.	27,50—28,00 M.
fein Brodraffinade	—	—
Gem. Raffinade II.	26,00—27,00 M.	26,00—27,00 M.
Gem. Melis I.	25,25—25,50 M.	25,25—25,50 M.
Krystallzucker I.	25,25 M.	26,25 M.
Krystallzucker II.	—	—
Melasse Ia.	—	—
Melasse IIa.	—	—

Tendenz am 3. März: Vormittags 11 Uhr. Ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	1. März.	3. März.
Granulirter Zucker	—	—
Kornzuck. Rend. 92 Proz.	16,60—16,80 M.	16,70—16,85 M.
dto. Rend. 88 Proz.	15,80—16,05 M.	15,80—16,10 M.
Nachpr. Rend. 75 Proz.	12,00—13,40 M.	12,30—13,50 M.

Tendenz am 3. März: Vormittags 11 Uhr: Fest.

Breslau, 3. März, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen ruhig, bei stärkerem Angebot Preise unverändert.

Weizen bei stärkerem Angebot ruhig, per 100 Kilogr. schles. weißer 17,70—18,90—19,30 Mark, gelber 17,60—18,80—19,20 M., feinste Sorte über Notiz bez. — Roggen feine Qualitäten gut verkäuflich, per 100 Kilo 16,30—16,80—17,40 M., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste in fester Stimmung, per 100 Kilogramm 15,50—16,20—17,30 Mark, weiße 17,50—18,50 Mark. — Hafer in ruhiger Haltung, per 100 Kilo 16—16,60 Mark. Mais schwache Kauflust, per 100 Kilo 12,00—13,50—14,00 Mark. — Erbsen in matter Stimmung, per 100 Kilo 15,00—15,50—17,00 M., Viktoria 16,60—17,00—18,00 M. — Bohnen schwacher Umsatz, per 100 Kilogramm 15,00—16,00—17,00 M. — Lupinen höher, per 100 Kilogramm gelbe 12,50—13,50—15,50 M., blaue 11,50 bis 12,50—14,50 M. — Wicken mehr angeboten, per 100 Kilogr. 15,50 bis 16,50 — 17,50 Mark. — Oelsaaten sehr fest. — Schlaglein sehr fest. Hanfsamen behauptet, 15,00—15,50—16,00 M. Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pfg. Schlagleinsaat 22,00, 21,50, 18,50, Winterraps 29,00, 28,00, 27,00, Winterrübsen 28,00, 27,00, 26,00. — Rapskuchen unverändert, per 100 Kilogr. schles. 14,25—14,50 Mk., fremder 14,00—14,40 Mk. Leinkuchen preishaltend, per 100 Kilogramm schles. 15,50—15,75 M., fremder 14,75—15,00 Mk. Palmkernkuchen behauptet, per 100 Kilogr. 12,25—12,75 M. — Kleesamen schwacher Umsatz, rother nur feine Qualitäten beachtet, per 50 Kilogr. 30—87—42—48 M., weißer unverändert, 29—36—45—58 M. — Schwedischer Klee preishalt., 40—45—50—60 M. — Tannenklee behauptet, 30—35 bis 40—48 M. — Thymothee matter, 22—26—28—99 M. — Mehl in fester Haltung, per 100 Kilogramm inkl. Sack Brutto Weizen fein 27,25—27,75 Mark, Hausbacken 26,75—27,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,40 Mk., Weizenkleie 9,40—9,80 Mk. — Heu per 50 Kilogramm 3,00—3,60 Mk. — Roggenstroh per 600 Kilogramm 36,00—40,00 Mark.

Marktpreise zu **Breslau** am 3. März.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	gering. Waare Höchster M. Pf.	gering. Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	19 30	19 10	18 70	18 30	17 70	17 20
Weizen, gelber		19 20	18 90	18 60	18 20	17 60	17 10
Roggen		17 40	17 20	17 —	16 70	16 50	16 30
Gerste		18 —	17 30	15 80	15 30	14 30	12 80
Hafer		16 60	16 40	16 20	16 —	15 80	15 40
Erbsen		18 —	17 50	16 50	16 —	15 —	14 50

Raps, per 100 Kilogramm, 28,30 — 26,30 — 24,80 Mark.
Winterrübsen 27,90 — 26,30 — 24,70 Mark.
Sommerrübsen —,— — —,— — —,— Mark.
Dotter —,— — —,— — —,— Mark.
Schlaglein 21,75 — 20,50 — 18,25 Mark.
Hanfsaat —,— — —,— — —,— Mark.

Breslau, 3. März. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Roggen per 1000 Kilogramm —. Gekünd. —,— Ctr. per März 176,00 Br., April-Mai 177,00 Br., Mai-Juni 178,00 Br.

Hafer (per 1000 Kilogr.) Gekündigt —,— Ctr., per März 165,00 Br., April-Mai 162,00 Br.

Rüböl (per 100 Kilogramm) —. Gekündigt —,— Ctr., per März 73,00 Br., September-Oktober 65,00 Br.

Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe. Gekündigt —,— Liter. Per März (50er) 51,20 Gd., (70er) 31,70 Gd., April-Mai (70er) 32,00 Gd.

Zink (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

** **Breslau,** 1. März. [Wollbericht der Handelskammer.] Im abgelaufenen Monat wurden etwa 1000 Zentner, hauptsächlich Wollen besserer Gattung, verkauft. Käufer waren deutsche Fabrikanten und Kommissionäre für das Ausland. Von Schweißwollen wurden etwa 1500 Zentner durch inländische Fabrikanten und Wäschereien aus dem Markte genommen. Preise stellten sich zu Gunsten der Käufer. Die Umsätze in Zackelwollen betrugen etwa 500 Zentner. Preise waren etwas niedriger als im Vormonat.

** **Leipzig,** 1. März. [Wollbericht.] Kammzug-Terminmarkt.] Seit gestern macht sich an unserem Terminmarkt eine spezielle Nachfrage für die Monate Mai, Juni und Juli geltend, und während man Vormittags für andere Monate nur zu 4,90 Käufer war, bezahlte man für 35 000 Kilogramm Mai-Juli 4,92½ M. Auch Nachmittags blieb man zunächst für die übrigen Monate nur zu 4,90 M. Käufer, da jedoch Abgeber zurückhielten, so wurden in letzter Stunde 4,92½ M. noch folgende Geschäfte perfekt: per Juli 5000 Kilogramm, per September 15 000 Kilogramm, per Oktober 10 000 Kilogramm. Man bleibt zu 4,92½ M. weiter Käufer. (Berl. Tagebl.)

** **Nürnberg,** 1. März. [Hopfenbericht.] Hopfen. In der abgelaufenen Woche wurde sowohl für Export als auch für Kundschaft gekauft und beziffern sich die Umsätze auf 1000 Ballen. Auswärtige Zufuhren fehlen fast gänzlich und sind die Lagerbestände viel kleiner als zu gleichen Zeitperioden früherer Jahre. Stimmung ruhig, fest. Es wurden bezahlt: Markthopfen zu 28—55 M., Gebirgshopfen 55—65 M., Hallertauer Ia 75—80 M., do. IIa. 60—65 M., Wolnzacher Ia. 90—100 M., do. IIa. 75—85 M., Württemberger Ia. fehlen, do. IIa. 55—60 M., Elsässer Ia. 50 bis 65 M., do. IIa. 40—45 M., Posener 45—70 M., Spalter Land 80—130 M. (Berl. Tabl.)

Telegraphische Nachrichten.

Barmen, 4. März. Der Streik der Riemendreher nimmt größere Dimensionen an. Gestern Mittag haben die ersteren in fünf Fabriken die Arbeit eingestellt; man erwartet weitere Einstellungen. Einige Fabriken bewilligten vor dem Streik die Forderungen der Arbeiter. Die größeren Riemendrehereien werden von der Polizei bewacht.

Paris, 4. März. Das Journal aller Parteien ist sich darüber einig, daß die Stellung des Ministeriums trotz des gestrigen Votums vollständig erschüttert sei. Das „Journal des Débats" bemerkt, selten habe ein parlamentarisches Kabinet ein kläglicheres Schauspiel geboten, als gestern. Frankreich habe in Wahrheit ein neues Kabinet, dessen Präsident Bourgeois unter den Auspizien Floquets und Clemenceaus sei. Das Ministerium habe an Festigkeit nichts gewonnen, und die Kammer habe sehr viel Ansehen und Würde eingebüßt. — „La Republique française" fragt: Wofür verlangte man gestern das Vertrauensvotum? Für das radikale Programm Bourgeois oder für das Programm Thevenets? Hierdurch ließen sich die zahlreichen Abstimmungsenthaltungen der gemäßigten Partei erklären.

London, 4. März. Nach den letzten Nachrichten aus Brisbane vom 3. März sind die bei dem Schiffbruche der „Quetta" geretteten Personen, darunter der Kapitän Thursday, in Island eingetroffen.

London, 4. März. Die „Morningpost" erfährt, die britische südafrikanische Gesellschaft unterhandle bezüglich der käuflichen Erwerbung des Eigenthums und der Rechte der afrikanischen Seen-Gesellschaft von Nyassaland und anderwärts.

Petersburg, 4. März. Das „Journal de St. Pétersbourg" dementirt die Nachricht des „Standard", daß gewisse russische Offiziere bezeichnet worden seien, die Bulgarien verwalten sollten, ebenso wie die Nachricht der „Polit. Korresp.", daß Verhandlungen zwischen dem russischen Gesandten in Athen und einem Führer des kretensischen Aufstandes stattgefunden haben sollten.

Athen, 4. März. Nachdem die Kammer das Budget angenommen, wurde die Session geschlossen. Die Kammern werden wahrscheinlich später zu einer außerordentlichen Session zusammentreten.

Zanzibar, 4. März. Major Liebert und 29 andere deutsche Offiziere sind gestern hier angekommen.

Petersburg, 4. März. Das Befinden Villaumes ist unverändert.

Luxemburg, 4. März. Der Regierung ging die Einladung zur Berliner Konferenz zu. Der Erzgrubenbesitzer, Deputirter Esches-Contous, der Luxemburg in Bern vertreten sollte, geht wahrscheinlich nach Berlin.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1890.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
3. Nachm. 2	762,0	NW stark	bedeckt	— 3,9
3. Abends 9	763,7	N frisch	trübe	— 4,9
4. Morgs. 7	764,5	N leicht	bedeckt	— 7,6

Am 3. März Wärme-Maximum — 3,5° Cels.
Am 3. = Wärme-Minimum — 7,7° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 3. März Mittags 1,08 Meter.
= = 4. = Morgens 1,20 =
= = 4. = Mittags 1,30 =

Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.

Am 3. März Abends: 16,0 Normalkerzen.

Börse zu Posen.

Posen, 4. März. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —.— L. Kündigungspreis (50er) 52,— (70er) 32,40. (Loko ohne Faß) (50er) 52,—, (70er) 32,40. August (70er) 34,10.

Posen, 4. März. [Börsenbericht.]
Spiritus fest. (Loko ohne Faß) (50er) 52,10, (70er) 32,40. August (50er) 53,70, (70er) 34,10.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 4. März. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 3.			Not. v. 3.
Weizen still					
pr. April-Mai	198 50	198 50	**Spiritus** fest		
„ Juni-Juli	197 —	197 25	70er loko o. Faß	33 80	33 80
Roggen ermattend			70er April-Mai	33 50	33 40
„ April-Mai	172 —	171 75	70er Juni-Juli	34 10	34 10
„ Juni-Juli	169 —	169 —	70er Aug.-Septbr.	34 90	34 90
Rüböl matter			50er loko o. Faß	53 30	53 40
pr. April-Mai	68 30	69 —			
„ Septbr.-Oktobr.	59 40	— —			
Hafer					
pr. April-Mai	164 50	164 25			

Kündigung in **Roggen** — Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) —,000 Liter, (50er) —,000 Liter.

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)

		Not. v. 3.
do. 70er loko	33 80	33 80
do. 70er April-Mai .	33 50	33 40
do. 70er Juni-Juli .	34 20	34 10
do. 70er Juli-August .	34 70	34 60
do. 70er Aug.-Septbr.	35 —	34 90
do. 50er loko	53 30	53 40

		Not. v 3.			Not. v. 3.
Konsolidirte 4% Anl.	106 50	106 50	Poln. 5% Pfandbr.	66 10	65 75
„ 3½% „	102 25	102 20	Poln. Liquid.-Pfdbr	60 75	— —
Pos. 4% Pfandbriefe	102 —	102 10	Ungar. 4% Goldrente	88 40	88 10
Pos. 3½% Pfandbr.	99 75	99 60	Ungar. 5% Papierr.	84 75	84 —
Pos. Rentenbriefe	103 90	103 80	Oestr. Kred.-Akt.	173 40	170 75
Oestr. Banknoten	171 40	170 80	Oest. fr. Staatsb. ultimo	96 40	95 40
Oestr. Silberrente	75 10	74 70	Lombarden	56 90	56 25
Russ. Banknoten	221 70	220 55	**Fondstimmung**		
Russ 4½% BdkrPfdbr	99 10	98 75	schwach		

Ostpr. Südb. E.S.A	86 75	85 90	Schwarzkopf	241 50	240 —
Mainz Ludwighfdto	122 50	122 25	Königs-u. Laurah.	151 20	147 —
Marienb. Mlaw dto	57 60	56 60	Dortm. St. Pr. La. A.	97 50	99 50
Italienische Rente	93 75	93 40	Inowrazl. Steinsalz	50 —	51 —
Russ 4% konsAnl 1880	94 25	94 —	Ultimo:		
dto. zw. Orient. Anl.	68 75	68 50	Dux-Bodenb. EisbA	212 25	206 50
dto. Präm.-Anl 1866	158 —	158 75	Elbethalbahn „ „	97 50	95 50
Rum. 6% Anl. 1880	104 —	104 75	Galizier „ „	83 10	82 30
Türk. 1% konf. Anl.	17 90	17 80	Schweizer Ctr. „ „	150 80	149 50
Pos. Provinz. B.A.	— —	— —	Berl. Handelsgesell.	176 25	174 —
Landwirthschft. B.A.	— —	— —	Deutsche B. Akt.	172 —	170 75
Pos. Spritfabr. B.A	— —	90 —	Diskonto Kommand.	233 75	229 75
Gruson Werke	169 —	167 —	Russ. B. f. ausw. H.	74 —	73 75

Nachbörse: Staatsbahn 96 75, Kredit 173 40, Diskonto-Kom. 234 75

Stettin, 4. März. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 3.			Not. v. 3.
Weizen unverändert			**Spiritus** unverändert		
April-Mai	192 —	192 —	per loko 50 M. Abg.	52 60	52 60
Juni-Juli	193 50	194 —	„ „ 70 „ „	33 10	33 10
			„ April-Mai 70 M.	33 10	33 10
Roggen unverändert			„ Aug.-Septbr. =	34 50	34 50
April-Mai	168 50	168 50			
Juni-Juli	168 —	168 —	**Petroleum***)		
			do. per loko	12 —	12 —
Rüböl matt					
März	69 —	69 50	**Hafer**		
April-Mai	68 50	69 —	do. per loko		

*) **Petroleum** loco versteuert Usance 1½ pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 3. März, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Tem. i. Cels. Grad
Mullaghmor.	777	SO	1	halb bedeckt	— 1
Aberdeen .	775	W	1	wolkig	— 1
Christiansund	765	SW	5	bedeckt	4
Kopenhagen	773	NNO	1	wolkenlos	— 6
Stockholm.	768	W	2	wolkenlos	— 8
Haparanda	755	SW	2	wolkig	— 7
Petersburg	765	SW	2	bedeckt	—11
Moskau .					
Cork Queenst	776	NO	3	heiter	— 1
Cherbourg	770	NO	6	Schnee	— 2
Helder . .	774	ONO	1	halb bedeckt	— 3
Sylt . .	773	N	2	wolkenlos	— 7
Hamburg .	772	N	2	bedeckt	— 8
Swinemünde	770	ONO	3	Schnee	— 4
Neufahrwass.	768	NO	4	bedeckt	— 4
Memel . .	770	NNO	1	heiter	—13
Paris . .	769	NO	2	wolkenlos	—11
Münster .	771	N	2	bedeckt	— 8
Karlsruhe .	768	NO	1	bedeckt	— 8
Wiesbaden	768	N	4	bedeckt	— 5
München .	764	still		Schnee	—12
Chemnitz .	768	NO	2	Schnee	— 9
Berlin . .	769	NNO	3	bedeckt	— 6
Wien . .	763	NW	3	Schnee	— 8
Breslau .	765	SO	3	Schnee	— 8
Ile d'Aix .	765	ONO	5	bedeckt	— 3
Nizza . .	761	ONO	5	wolkig	— 3
Triest . .	763	ONO	3	wolkenlos	— 3

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

West-Europa steht unter dem Einflusse eines Hochdruckgebietes, dessen Kern über den Britischen Inseln liegt. Depressionen lagern im hohen Norden, über Südwest-Rußland und dem Mittelmeere. Bei schwachen nördlichen und nordöstlichen Winden ist das Wetter in Central-Europa kalt und trübe, stellenweise fällt Schnee. Die Frostgrenze umschließt Deutschland, Frankreich und den größten Theil der Britischen Inseln. Die Temperatur liegt im Innern Frankreichs und in Süd-Bayern bis zu 12, in Memel um 14 Grad unter dem Gefrierpunkte.
Deutsche Seewarte.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.